

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
+49 69 2577 1538
europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-fm.de

12.12.2018

INHALTSVERZEICHNIS



AKTUELLES AUS DER EU	2
Brexit: Austrittsabkommen vereinbart	2
Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-27: Verhandlungen gehen in nächste Runde	2
Neue Informationsseite: Was tut die EU für mich?	3
KOMMUNALE BELANGE UND REGIONALE ENTWICKLUNG	4
WiFi4EU: Zahlreiche WLAN-Hotspots für FrankfurtRheinMain	4
PSI-Richtlinie: Beschluss zur Weitergabe von Daten des öffentlichen Sektors	5
REGI-Ausschuss: Aussprache über Bericht zur Kohäsionspolitik	6
Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Leitfaden veröffentlicht	6
VERKEHR UND MOBILITÄT	7
Europäische Netze: TRAN und ITRE zu neuer Connecting Europe Facility (CEF)	7
ENERGIE, KLIMA UND UMWELT	7
Umwelt- und Klimaschutz: Kommission veröffentlicht langfristige Strategie	7
WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION	8
Horizon Europe und Digital Europe: ITRE beschließt neue Förderprogramme	8
WEITERE AUFRUFE, AUSSCHREIBUNGEN UND VERANSTALTUNGEN	9
Erasmus+: Förderaufruf 2019 geöffnet	9
FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!	11

AKTUELLES AUS DER EU

Brexit: Austrittsabkommen vereinbart

Am 25. November 2018 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten dem Entwurf für ein Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zugestimmt. Mit der Zustimmung des Europäischen Rats ist der Weg zur Ratifizierung des Abkommens durch das Europäische Parlament, durch die verbleibenden Mitgliedstaaten (EU-27) sowie durch das britische Parlament frei. Das Dokument war am 14. November 2018 von den Chefunterhändlern der EU und des Vereinigten Königreichs vorgelegt worden. Das Austrittsdokument mit insgesamt 185 Artikeln umfasst drei Pfeiler:

- Erstens soll bis Ende 2020 eine Übergangsfrist festgelegt werden, in der die EU und Großbritannien ihre zukünftigen Beziehungen aushandeln können. Während dieser Übergangsfrist müsste Großbritannien ohne Mitspracherecht weiterhin EU-Recht befolgen.
- Zweitens verpflichtet sich Großbritannien im Abkommen auf eine Schlusszahlung, die geschätzt 45 Mrd. Euro beträgt.
- Der Dritte Pfeiler betrifft die Grenzregelung zwischen dem EU-Mitgliedstaat Irland und dem britischen Nordirland. Die sogenannte „Back-stop“ Auffanglösung sieht vor, dass Großbritannien und Nordirland zunächst in der EU-Zollunion bleiben, bis eine Einigung für ein Freihandelsabkommen zwischen Großbritannien und der EU getroffen wird.

Weiterhin wurde die politische Erklärung über die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich angenommen. Eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Justiz sowie der Außen- und Sicherheitspolitik ist deshalb zu erwarten.

Gleichzeitig bestätigten die Staats- und Regierungschefs die Verhandlungspositionen, die 2016 in den Leitlinien des Europäischen Rats verabschiedet worden waren. Weiterreichende Konzessionen an das Vereinigte Königreich über den vorliegenden Text hinaus sind damit sehr unwahrscheinlich. Die größte Unsicherheit für die weiteren Schritte bleibt die Zustimmung des britischen Parlaments. Die für den 11. Dezember geplante Abstimmung im Unterhaus wurde angesichts unklarer Mehrheitsverhältnisse verschoben.

Der Entwurf des Austrittsabkommens ist [hier](#) (auf Englisch) abrufbar. Die politische Erklärung über die zukünftigen Beziehungen finden Sie [hier](#) (auf Englisch).

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-27: Verhandlungen gehen in nächste Runde

Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2021-2027 gehen in die nächste Runde. Nachdem die Europäische Kommission bereits im Mai 2018 einen [Vorschlag zum MFR](#) vorgelegt hatte, beschloss das Europäische Parlament nun am 14. November 2018 seinen [Standpunkt](#) für die weiteren Verhandlungen.

Darin wird eine generelle Mittelaufstockung des siebenjährigen Haushalts auf 1.324,1 Mrd. Euro gefordert. Dies entspricht 1,3 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU 27. Der Kommissionsvorschlag sieht 1.135 Mrd. Euro oder 1,11 % des BNE vor.

Für die geplanten Förderprogramme bedeutet dies z. B.

- eine Aufstockung der Mittel des Forschungsprogramms Horizont Europe auf 120 Mrd. Euro;
- eine höhere finanzielle Ausstattung für die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die die Grundwerte und die Demokratie in der EU auf lokaler und nationaler Ebene fördern;
- eine Verdreifachung der derzeitigen Mittel für Erasmus+;
- eine Verdoppelung der finanziellen Ausstattung des Umweltprogramms Life+.

Außerdem fordert das Parlament neue Fonds, u. a. für nachhaltigen Tourismus oder eine gerechte Energiewende, und will im MFR einen stärkeren Bezug zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen herstellen.

Auch ein vereinfachtes System für EU-Eigenmittel sowie neue Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer und aus einem CO₂-Grenzausgleichssystem werden in dem Standpunkt angeregt. Bei Bedarf sollen zudem lokale und regionale Gebietskörperschaften gestärkt und deren Beteiligung bei den zukünftigen Programmen verbessert werden.

Das Gesetzgebungsverfahren zum MFR sieht vor, dass das Parlament am Ende des Prozesses seine Zustimmung zur Ratsposition geben muss. Der Rat, also die Mitgliedstaaten der EU, haben allerdings noch keine Position zum MFR abgestimmt.

Neue Informationsseite: Was tut die EU für mich?

Im Vorfeld der Europawahl 2019 hat das Europäische Parlament ein neues Informationsportal „[Was tut die EU für mich?](#)“ freigeschaltet. Das Portal soll den praktischen und alltäglichen Nutzen der politischen Arbeit in Brüssel sichtbar machen und die entsprechenden Auswirkungen vor Ort darstellen. Dazu wurden u. a. aus allen Regionen besondere EU-geförderte Projekte aufbereitet.

Das Informationsportal besteht aus den drei Kategorien „in den Regionen“, „in meinem Leben“ und „im Fokus“. Dadurch wird der Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit nach Schlüsselprojekten vor Ort, nach Auswirkungen in spezifischen Lebensbereichen (Familie, Einkaufen, Gesundheit, Arbeit, Sicherheit u. a.) sowie nach aktuellen Schwerpunktthemen (bspw. Klima- oder Umweltschutz) aufgezeigt. Unter der [regionalen Kategorie](#) werden auch aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain einige spannende EU-geförderte Projekte vorgestellt.

Die Seite ist Teil der „[This time I'm voting](#)“-Kampagne, mit der das Europäische Parlament die kommende Europawahl bewerben möchte. Das Portal soll auch der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit vor Ort dienen.

KOMMUNALE BELANGE UND REGIONALE ENTWICKLUNG

WiFi4EU: Zahlreiche WLAN-Hotspots für FrankfurtRheinMain

Öffentliches und kostenfreies WLAN gibt es bald für viele Bürgerinnen und Bürger aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain: 23 Kommunen erhalten Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro aus dem europäischen Förderprogramm WiFi4EU. Mit dem Gutschein können die Kommunen die Installation eines entsprechenden WLAN-Hotspots finanzieren.

Bei dem Aufruf Anfang November hatten sich europaweit über 13.000 Kommunen beworben. Davon erhielten nun die ersten [2.800 Städte und Gemeinden](#), die beim Windhund-Verfahren mit Schnelligkeit überzeugen konnten, einen Förderzuschlag. Darunter insgesamt 224 Kommunen aus Deutschland. Das heißt: Über 10 Prozent aller Gutscheine in Deutschland gehen in die Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Das Europabüro FrankfurtRheinMain hat viele Kommunen bei der Antragstellung unterstützt und gratuliert ganz herzlich den 23 Gewinnern:

- Alzenau,
- Bad Salzschlirf,
- Bad Soden am Taunus,
- Bad Soden-Salmünster,
- Biebergemünd,
- Birkenau,
- Eiterfeld,
- Flieden,
- Gießen,
- Griesheim,
- Großkrotzenburg,
- Großostheim,
- Hattersheim,
- Heppenheim,
- Langenselbold,
- Rasdorf,
- Riedstadt,
- Rödermark,
- Rosbach vor der Höhe,
- Schlitz,
- Steinau an der Straße,
- Ulrichstein,
- Wiesbaden

Die Gesamtliste der Gewinner aus Deutschland findet sich [hier](#).

Zum Hintergrund:

WiFi4EU verfolgt das Ziel, bis 2020 die zentralen öffentlichen Orte aller europäischen Kommunen mit einem WLAN-Internetzugang auszustatten, der für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei ist. Für dieses Ziel stellt die Europäische Union rund 120 Millionen Euro zur Verfügung.

Da der erste Förderaufruf im Frühsommer 2018 zurückgezogen werden musste, erhöhte sich das Budget dieses zweiten Aufrufs auf insgesamt ca. 42 Millionen Euro. Für 2019 und 2020 sind jeweils zwei weitere Förderaufrufe geplant, in denen sich europäische Kommunen und öffentliche Einrichtungen unbürokratisch auf die Gutscheine bewerben können.

PSI-Richtlinie: Beschluss zur Weitergabe von Daten des öffentlichen Sektors

Die Neufassung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors ([2018/0111/COD](#)) fand am 3. Dezember eine Mehrheit im zuständigen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlamentes (vgl. zuletzt [Europa Info 05/2018](#)).

Der beschlossene Ausschuss-[Bericht](#) sieht nicht vor, dass bestehende nationale Regelungen zur Weitergabe von Daten der öffentlichen Hand ausgeweitet werden sollen. Dennoch sollen Verwaltungen und Behörden grundsätzlich angehalten werden, privaten Unternehmen auf Anfrage innerhalb von 20 Tagen maschinenlesbaren Zugang zu sämtlichen verfügbaren Daten zu gewähren. Voraussetzung ist, dass damit nicht gegen geltende Bestimmungen im Datenschutz, im Urheberrecht oder der Vertraulichkeit verstoßen wird. Handelt es sich um dynamische Daten, hat der Austausch über ein angemessenes Application Programming Interface (API) zu erfolgen. Dabei entstehende Kosten für die Aufbereitung und Zugänglichmachung dürfen nach diesem Beschluss aber in Rechnung gestellt werden.

Eine Ausnahme bilden die „ökonomisch hochwertigen Datensätze“. Diese müssen kostenfrei weitergegeben werden. Welche Datensätze unter dieser Definition zu fassen sind, geht aus einer Liste hervor, die der Ausschuss ergänzend zum Beschluss vorgelegt hat (Annex IIa). Diese umfasst u. a. räumliche Daten wie topografische oder Kataster-Karten, Verkehrsdaten, demografische und sozio-ökonomische Statistiken, aber auch Raumdaten wie Umwelt- oder Energieperformance. Die Kommission soll die Möglichkeit erhalten, diese Liste noch zu erweitern.

Der Rat der Europäischen Union legte ebenfalls bereits im November seine entsprechende [Position](#) fest (bislang nur in Englisch verfügbar). Diese sieht keine vordefinierte Liste hochwertiger Datensätze vor, sondern überlässt die Bestimmung der Kommission mittels Durchführungsrechtsakten und schließt öffentliche Unternehmen explizit in den Geltungsbereich der Richtlinie ein.

Das Plenum des Parlamentes muss den beschlossenen Bericht des ITRE-Ausschusses in seiner Dezembersitzung noch annehmen. Dann wird auf dieser Grundlage die finale Verhandlung zwischen Rat und Parlament erfolgen. Eine grundsätzliche Einigung noch vor der Europawahl ist wahrscheinlich.

Ein zusammenfassendes [Briefing](#) des parlamentarischen Dienstes gibt einen vertiefenden Einblick in den Vorgang.

REGI-Ausschuss: Aussprache über Bericht zur Kohäsionspolitik

Am 21. November 2018 diskutierte der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) im Europäischen Parlament über den Bericht zur Verordnung zu den gemeinsamen Bestimmungen der Kohäsionspolitik (KOM(2018) 375 final). Insgesamt waren im Vorfeld der Sitzung 2186 Änderungsanträge von Mitgliedern des Regi-Ausschusses eingegangen. Eine ursprünglich für dieses Jahr vorgesehene Abstimmung wurde deshalb auf Anfang 2019 verschoben.

Die Verordnung zu den gemeinsamen Bestimmungen gibt den Rahmen für die Umsetzung der Kohäsionspolitik und damit u. a. für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) vor. Die Berichterstatter zur Verordnung hatten ihren Bericht bereits am 13. September 2018 veröffentlicht (siehe [Europa Info 8/2018](#), S. 2).

Die Änderungsanträge sollen nun gruppiert werden, um Kompromisse finden zu können. So will der Regi-Ausschuss eine ausgewogene Position erarbeiten und eine Spaltung des Europäischen Parlaments bei der Abstimmung vermeiden.

Der Berichtsentwurf ist [hier](#) (auf Deutsch) abzurufen. Die Änderungsvorschläge finden Sie [hier](#) unter Punkt 7. Eine Aufzeichnung der Ausschusssitzung ist [auf der Webseite des Europäischen Parlaments](#) einzusehen (auf Deutsch, ab ca. 15.57 Uhr zur Dachverordnung).

Das Europabüro FrankfurtRheinMain hat sich bereits im Sommer mit einer Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag in die Diskussion eingebracht. Diese ist unter folgendem Link abzurufen: [Stellungnahme Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain zum Verordnungsentwurf zu den gemeinsamen Bestimmungen für die Kohäsionspolitik](#) (auf Deutsch).

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Leitfaden veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat einen [Leitfaden für eine innovationsfördernde Auftragsvergabe](#) veröffentlicht. Dieser Leitfaden folgt dem bereits im Februar 2018 veröffentlichten [praktischen Leitfaden für die öffentliche Auftragsvergabe](#).

Der Leitfaden richtet sich in erster Linie an öffentliche Beschaffungsstellen, die für die den Erwerb öffentlicher Bauleistungen, Waren oder Dienstleistungen verantwortlich sind.

Eine innovationsfördernde Auftragsvergabe soll höherwertige und effizientere Lösungen mit ökologischem und gesellschaftlichem Nutzen und größerer Kostenwirksamkeit ermöglichen. Hierzu beschreibt der öffentliche Auftraggeber seinen Bedarf und fordert Unternehmen oder Forscher zur Entwicklung innovativer Produkte, Dienstleistungen oder Prozesse auf, mit denen dieser Bedarf gedeckt werden soll. Auch die öffentliche Beschaffung von Dienstleistungen oder Prozessen, die auf dem Markt noch neu sind oder die wesentliche neue Merkmale beinhalten, sind Bestandteil der innovationsfördernden Auftragsvergabe.

VERKEHR UND MOBILITÄT

Europäische Netze: TRAN und ITRE zu neuer Connecting Europe Facility (CEF)

Die Neuauflage des europäischen Förderprogramms „Connecting Europe Facility“ in den Jahren 2021 bis 2027 wird konkreter: In einer gemeinsamen Sitzung fassten der Verkehrsausschuss (TRAN) und der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlamentes einen entsprechenden Beschluss ([2018/0228/COD](#)). Mit dem Programm werden die Einrichtung und Umsetzung transeuropäischer Verbindungen in den Sektoren Verkehr, Telekommunikation und Energie unterstützt (vgl. [Europa Info 06/2018](#)).

Der Beschluss eines parlamentarischen [Berichtes](#) sieht eine Erhöhung der Mittelausstattung auf fast 50 Mrd. Euro vor. Diese deutliche Erhöhung ist dabei ausschließlich auf die Erhöhung des allgemeinen Verkehrsbudgets von 12,8 auf annähernd 20 Mrd. Euro zurückzuführen. Damit sollen nicht nur Verkehrsinfrastrukturen, sondern auch die Multimodalität und Interoperabilität der TEN-V Korridore verbessert werden. Dafür hatte sich das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain auch in seiner [CEF-Stellungnahme](#) eingesetzt.

Etwa 6,5 Mrd. Euro sollen zusätzlich in „militärische Mobilität“ fließen. Dadurch will der Ausschuss die zivil-militärische Doppelnutzung in den militärisch nutzbaren Teilen des europäischen Verkehrsnetzes verbessern. Der Vorschlag der Kommission, dass künftig ohne formelle Zustimmungspflicht der nationalen Regierungen alle Rechtskörperschaften in den EU-Mitgliedsstaaten antragsberechtigt sind, wurde übernommen.

Der Bericht wird noch vor Weihnachten im Plenum des Parlaments zur Abstimmung gestellt und dann Grundlage für die Verhandlung mit dem Rat der Europäischen Union sein. Der Rat der Europäischen Union konnte sich seinerseits bislang nur auf eine [teilweise allgemeine Ausrichtung](#) einigen.

Weitere Informationen finden sich [online](#). Der englischsprachige Bericht des Ausschusses der Region findet sich [hier](#).

ENERGIE, KLIMA UND UMWELT

Umwelt- und Klimaschutz: Kommission veröffentlicht langfristige Strategie

Nach den Plänen der EU-Kommission sollen Verkehr, Wirtschaft und Energiesektor in Europa ab 2050 keine zusätzlichen Treibhausgase erzeugen – so sieht es der jüngst veröffentlichte Vorschlag für eine langfristige Klimaschutzstrategie vor.

Mit dieser Strategie soll die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens über die bereits bestehenden europäischen Umwelt- und Klimaschutzvereinbarungen bis 2030 hinaus sichergestellt werden. Ziel ist die Erderwärmung zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu entwickelte die Kommission verschiedene Szenarien, die sie nun mit den Mitgliedsstaaten und den EU-

Institutionen diskutieren möchte. Das Null-Emissionen-Ziel ab 2050 ist dabei die favorisierte Variante der Kommission.

Deshalb solle nicht nur ein Wandel in der Energieerzeugung stattfinden, sondern auch die Rolle von Industrie, Wohnen und Verkehrssektor mit einem integrierten Ansatz in den Blick genommen werden. Dabei fokussiert die Strategie auf sieben Bereiche:

- Verbreitung von erneuerbarer Energiegewinnung
- Energieeffizienz
- Saubere und vernetzte Mobilität
- Wettbewerbsfähige Industrie und Kreislaufwirtschaft
- Infrastruktur
- Bio-Ökonomie
- Speicherung und Abbau von CO₂

Kern dieses Wandels ist eine weitgehende Elektrifizierung Europas. Entsprechend sieht das favorisierte Szenario für 2050 einen Atomstromanteil von ca. 15 % vor. Auf die spezifische Situation in Deutschland hinsichtlich des Atomausstiegs geht die Strategie nicht ein. Die angestrebte vollständige Dekarbonisierung bedeutet, dass in der Gesamtbilanz keine zusätzlichen Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen sollen. Emissionen sind also weiter möglich, müssen aber durch einen Abbau oder eine Einlagerung von CO₂ ausgeglichen werden.

Die englischsprachige Strategie finden Sie unter folgendem [Link](#). Die Ergebnisse der vorbereitenden Konsultation, an der sich auch das Europabüro FrankfurtRheinMain beteiligt hat, sind im entsprechenden [Begleitdokument](#) zusammengefasst. Außerdem hat die Kommission eine [Informationsseite](#) mit weiterführenden Dokumenten eingerichtet.

Für den Verkehrssektor hatten die europäischen Verkehrsminister zuvor ihre Vision in der sogenannten [Grazer Deklaration](#) zusammengefasst. Außerdem beschloss das EU-Parlament die [Reduzierung von CO₂-Emissionen bei schweren Nutzfahrzeugen](#) um 35 % bis 2030 im Vergleich zu heutigen Durchschnittsemissionen (vgl. [Europa Info 09/2018](#)). Es folgt nun der Trilog mit dem Rat.

WIRTSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION

Horizon Europe und Digital Europe: ITRE beschließt neue Förderprogramme

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) im Europäischen Parlament beschloss Ende November seinen Bericht zum EU-Förderprogramm „Horizon Europe“ (Vorgang [2018/0225/COD](#)). Es folgt dem aktuellen, namensverwandten Programm „Horizon 2020“ und wird die EU-Forschungs- und Innovationsförderung unter dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 fortführen (vgl. [Europa Info 06/2018](#)). Außerdem soll mit „Digital Europe“ ab 2021 ein neues Förderprogramm zur Unterstützung des digitalen Wandels eingeführt werden (Vorgang [2018/0227/COD](#)). Den entsprechenden Bericht beschloss der ITRE-Ausschuss ebenfalls (vgl. [Europa Info 07/2018](#)).

Zentraler Bestandteil des ITRE-[Berichtes](#) zu Horizon Europe (englischsprachig) ist die weitere Erhöhung des Gesamtbudgets auf 120 Mrd. Euro. Die von der Kommission neu vorgeschlagenen Elemente eines Europäischen Innovationsrates, der die Markteinführung europäischer Innovationen nach dem Exzellenzprinzip unterstützen soll, sowie die Einführung von Forschungsmissionen zu besonders relevanten gesellschaftlichen Herausforderungen werden mit einigen Präzisierungen übernommen. Daneben ist eine Änderung in der Programmstruktur mit Blick auf die fünf von der Kommission angeregten thematischen Cluster für die Forschungsförderung vorgesehen: Das Cluster „inklusive und sichere Gesellschaft“ soll in zwei separate Bereiche „inklusive und kreative Gesellschaft“ und „sichere Gesellschaft“ aufgeteilt werden.

Der parlamentarische [Bericht](#) zu Digital Europe (englischsprachig) sieht unverändert vor, insgesamt ca. 9,2 Mrd. Euro für die Verbreitung digitaler Anwendungen sowohl in Unternehmen als auch der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen. Die Schaffung eines europäischen Netzwerks sogenannter digitaler Innovations-Hubs wurde als Ziel übernommen, bei der Einführung von e-Governance soll das Programm auf die Förderung interoperabler Lösungen fokussieren und qualitativ hochwertige langfristige Fortbildungen auch für Angestellte des öffentlichen Dienstes unterstützen.

Nach der finalen Zustimmung des Parlamentes in seiner nächsten Plenumsitzung könnte zu beiden Programmen die Verhandlung mit dem Rat der Europäischen Union beginnen. Allerdings konnte dort bislang nur jeweils eine teilweise allgemeine Ausrichtung zwischen den Staaten vereinbart werden (s. [Mitteilung](#) zu Horizon Europe und [Mitteilung](#) zu Digital Europe). Die (englischsprachige) Position des Ausschusses der Region zu Horizont Europe findet sich [hier](#).

WEITERE AUFRUFE, AUSSCHREIBUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Erasmus+: Förderaufruf 2019 geöffnet

Im Rahmen des EU-Förderprogramms Erasmus+ hat die Europäische Kommission dazu [aufgerufen](#), Projektvorschläge für das kommende Jahr 2019 einzureichen. Alle dafür relevanten Informationen, Bestimmungen und Fristen wurden in dem neu veröffentlichten [Programmleitfaden 2019](#) zusammengefasst.

Mit dem Programm Erasmus+ fördert die Europäische Union Maßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport im Zeitraum 2014-2020. Je nach Aktion sind die Förderbedingungen und Fristen unterschiedlich. Grundsätzlich ist eine Antragstellung für alle öffentlichen und privaten Einrichtungen möglich, die in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport tätig sind. Aber auch informelle Gruppen von mindestens vier jungen Menschen sind förderfähig, sofern sie in der Jugendarbeit tätig, dabei aber nicht im Rahmen einer Jugendorganisation eingebunden sind.

Für den Aufruf 2019 stehen insgesamt 2.733,4 Mio. Euro zur Verfügung, wovon der Großteil (2.503,4 Mio. Euro) für Projekte in der allgemeinen und beruflichen Bildung vorgesehen ist. Anträge werden online über das [Antragsportal der Europäischen Kommission](#) eingereicht (EU-Login erforderlich).

Weitere Informationen zum Aufruf sowie zum Programm Erasmus+ erhalten Sie bei den [nationalen Agenturen](#) (auf Deutsch) oder bei der [Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur](#) (nur zum Teil auf Deutsch).

Auch bei der zukünftigen Ausgestaltung des Förderprogramms Erasmus+ zeichnen sich neue Entwicklungen ab: Der Rat hat am 26. November 2018 seinen [Standpunkt zum Programm Erasmus+ für 2021-2027](#) festgelegt.

Zentraler Bestandteil des Standpunkts ist es, das Programm inklusiver auszugestalten. Dafür soll das Programm auf alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung ausgedehnt und der Zugang z. B. für kleine Organisationen oder junge Menschen mit geringen Chancen erleichtert werden. Der derzeitige Name des Programms „Erasmus+“ wird nach Vorschlag des Rates beibehalten.

Der vom Rat erarbeitete Standpunkt dient als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Parlament und bezieht sich auf den [Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung von Erasmus+](#) der Kommission vom 30. Mai 2018.

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER!

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist nun auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



FrankfurtRheinMain
@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

Brussels, Belgium
europabuero-frm.de
Beigetreten Oktober 2011
49 Fotos und Videos




FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 6. Dez.

15.000 Euro Preisgeld für die innovativste #Wiederverwendung von IT #Lösungen in der digitalen #Verwaltung - auch in den Kategorien #Kommunal und #Regional: Noch bis zum 28.02.2019 für den @EU_ISA2-Sharing+Reuse-Award bewerben. #SRawards2019



ISA² Programme @EU_ISA2

Commissioner @MariyaGabriel just opened the 2019 Sharing & Reuse Award contest! Have you been successfully working on digitalising public services? Share your experience by applying to this Contest! Deadline...



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 29. Nov.

#DiscoverEU geht in die zweite Runde. Alle 18-Jährigen können sich ab heute wieder für ein kostenloses #EU #Interrail-Ticket bewerben.



Steffen Seibert @RegSprecher

Die #EU entdecken und mit etwas Glück kostenfrei durch die Mitgliedstaaten reisen: Zum zweiten Mal startet heute die EU-Initiative #DiscoverEU, bei der sich 18-Jährige um einen der begehrten Travel-Pässe bewerben können...



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 7. Nov.

Ein Rundgang durch die Innenstadt rundet die #Informationsfahrt 2018 des #Europabüros #FRM nach Brüssel ab

